

Bestätigung des Gemeinkostennormativs für Gutachterstellen in staatlichen Organen und Einrichtungen, die nicht nach Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, ist auf der Grundlage der für die Gutachterstelle anteilig geplanten lohnabhängigen und sächlichen Ausgaben vorzunehmen.

§3

Gutachterstellen in Betrieben, Einrichtungen usw., die nach Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, können als Entgelt für die Begutachtungsleistung die Selbstkosten gemäß § 2 Absätze 2 bis 4 und zusätzlich einen Gewinn bis zu 25 % der direkt zu-rechenbaren Lohn- und Gehaltskosten (Position 1.a des Kalkulationsschemas) kalkulieren und berechnen.

§4

Beim Vertragsabschluß ist zwischen der Gutachterstelle und dem Auftraggeber ein vorläufiges Entgelt zu vereinbaren, das entsprechend § 2 bzw. § 3 ermittelt wird. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des für die Begutachtungsleistung tatsächlich benötigten Zeitaufwandes sowie der tatsächlich entstandenen Kosten für Expertenleistungen und sonstigen Kosten. Eine Überschreitung des vorläufigen Entgelts bei der Berechnung des Entgelts für die Begutachtungsleistung ist nur zulässig, wenn dies zwischen den Partnern im Vertrag vereinbart ist.

§5

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie gilt für alle Verträge über Begutachtungsleistungen, die von diesem Zeitpunkt an abgeschlossen werden.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- die Richtlinie vom 30. Januar 1969 über die Preisbildung für Leistungen bei der Begutachtung von Investitionen (GBI. III Nr. 1 S. 3),
- alle für den Geltungsbereich dieser Anordnung erteilten Preisbewilligungen, die den Bestimmungen dieser Anordnung nicht entsprechen.

Berlin, den 29. März 1972

**Der Leiter
des Amtes für Preise**

Halbritter
Minister

Anordnung über die Planung, Projektierung und Ausführung von Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung

vom 7. April 1972

Die Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung sind so zu gestalten, daß sie eine rationelle Energieanwendung, eine hohe Materialökonomie und einen hohen Vorfertigungsgrad aufweisen, zur maximalen Bauzeitverkürzung beitragen und einen wirtschaftlichen Betrieb gewährleisten. Im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane wird folgendes angeordnet:

§1

Diese Anordnung gilt für die Planung, Projektierung und Ausführung von Heizungs-, Sanitär- und Elektroanlagen im Wohnungs- und Gesellschaftsbau sowie von Lüftungstechnischen Anlagen im komplexen Wohnungsbau.

§2

(1) Der VEB Kombinat Technische Gebäudeausrüstung ist für die Neu- und Weiterentwicklung von Erzeugnissen und Systemlösungen der technischen Gebäudeausrüstung verantwortlich. Die Erzeugnisse sind auf der Grundlage einer industriellen Vorfertigung so zu gestalten, daß die Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung eine rationelle Energieanwendung und eine hohe Materialökonomie gewährleisten und in kürzester Zeit zu montieren sind.

(2) Neu- und weiterentwickelte Erzeugnisse gemäß Abs. 1 sind vom VEB Kombinat Technische Gebäudeausrüstung zu katalogisieren.

§3

(1) Der Katalog gemäß § 2 Abs. 2 ist für die Planung, Projektierung und Ausführung von Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung gemäß § 1 anzuwenden.

(2) Können aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, industriell vorgefertigte TGA-Erzeugnisse entsprechend den gültigen Katalogen nicht angewendet werden, regeln sich mögliche Preiszuschläge nach dem geltenden Preisrecht.

(3) Bei der Projektierung von Heizungsanlagen sind solche Meß-, Steuerungs- und Regelungsvorrichtungen vorzusehen, die im Heizbetrieb eine rationelle Energieanwendung gewährleisten, eine Überschreitung der projektierten Raumtemperaturen unter Berücksichtigung der Fehlerbereiche der Meß- und Regelungsgeräte ausschließen und dem Raumnutzer eine individuelle Absenkung der Raumtemperatur ermöglichen. Dazu sind, in enger Zusammenarbeit mit den Produzenten und den verantwortlichen Bilanzorganen für Armaturen, Lüftungs- und Klimaanlage u. ä., die zielstrebige Entwicklung und der vorrangige Einsatz standardisierter Elemente zu sichern.

(4) Alle Gebäude gemäß § 1, die nach dem 31. Dezember 1972 durch den Investitionsauftraggeber abgenommen werden, sind grundsätzlich mit Steuerungs- und Regelungsvorrichtungen gemäß Abs. 3 auszurüsten. Sofern die Ausrüstung mit Steuerungs- und Regelungsvorrichtungen gegenwärtig nicht möglich ist, sind in den nach dem 31. Dezember 1972 durch den Investitionsauftraggeber abzunehmenden Gebäuden gemäß § 1 Vorkehrungen für eine spätere Installation zu treffen. Der Zeitpunkt der Bereitstellung der Steuerungs- und Regelungsvorrichtungen ist mit dem Produzenten und den verantwortlichen Bilanzorganen rechtzeitig abzustimmen und langfristig zu vereinbaren. Für die Finanzierung der Nachrüstung ist der Investitionsauftraggeber verantwortlich. Die Nachrüstung hat in Zuständigkeit des jeweiligen Generalauftragnehmers und Hauptauftragnehmers im Rahmen der Pläne zu erfolgen.

§4

(1) Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.